

Nr. 88 (L) Beschluss über den Schutz der Familie des Flüchtlings

Das Exekutiv-Komitee

a) *bekräftigt* die Beschlüsse Nr. 9 (XXVIII), Nr. 24 (XXXII), Nr. 84 (XLVIII) und Nr. 85 (XLIX) lit. u bis x über Familienzusammenführung und die Familieneinheit sowie über Flüchtlingskinder und jugendliche Flüchtlinge; und betont erneut, dass die Familie die natürliche und grundlegende Einheit der Gesellschaft ist und Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat hat;

b) *unterstreicht* die Notwendigkeit, die Familieneinheit von Flüchtlingen zu schützen, unter anderem durch

- i) Maßnahmen, durch die der Grundsatz der Familieneinheit gewahrt wird, einschließlich der Maßnahmen zur Zusammenführung von Familienangehörigen von Flüchtlingen, die durch die Flucht getrennt wurden;
- ii) die Berücksichtigung großzügiger Kriterien hinsichtlich der Familienangehörigen, die im Rahmen einer Familienzusammenführung aufgenommen werden können, mit dem Ziel, eine umfassende Familienzusammenführung zu fördern;
- iii) Bestimmungen und/oder die Praxis, die es gestatten, dass bei Anerkennung des Hauptantragstellers als Flüchtling andere Angehörige der Familieneinheit im Regelfall ebenfalls Flüchtlingsstatus erhalten, und indem jedem Familienmitglied die Möglichkeit eingeräumt wird, gegebenenfalls einen eigenen Antrag auf Feststellung der Flüchtlingseigenschaft zu stellen;
- iv) vorrangige Behandlung von Fragen der Familieneinheit in einem frühzeitigen Stadium aller Flüchtlingseinsätze; und
- v) Programme zur Förderung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit erwachsener Familienangehöriger, um sie besser in die Lage zu

versetzen, für den Unterhalt von Familienmitgliedern aufzukommen, die nicht für sich selbst sorgen können;

c) *ruft* die Staaten, UNHCR und andere in Betracht kommende Akteure *auf*, auf die Bedürfnisse unbegleiteter Flüchtlingskinder bis zu deren Zusammenführung mit ihren Familien besonderes Augenmerk zu richten; und stellt in diesem Zusammenhang fest, dass die Adoption von Flüchtlingskindern erst dann in Erwägung gezogen werden sollte, wenn alle nur möglichen Schritte zur Suche nach Familienangehörigen und zur Familienzusammenführung unternommen wurden, und auch dann nur zum Wohl des Kindes und in Übereinstimmung mit internationalen Standards.